

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0116/2014/IV

Datum:
10.09.2014

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

**Beitritt der Stadt Heidelberg zur Europäischen
Städtekoalition gegen Rassismus**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	23.09.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	01.10.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	09.10.2014	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit, der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen den Beitritt der Stadt Heidelberg zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Mitgliedsbeitrag jährlich zum 30. Juni wiederkehrend	EURO 1.000,00
Einnahmen:	
Keine	
Finanzierung:	
1600.6100	EURO 1.000,00

Zusammenfassung der Begründung:

Die Stadt Heidelberg soll im Rahmen ihrer Arbeit als Beratungs- und Clearingstelle für Antidiskriminierung und im Rahmen ihrer Mitwirkung beim Projekt "HD.net-Respekt!" beim Aufbau von nachhaltigen Netzwerkstrukturen der 2004 durch die UNESCO gegründete Städtekoalition gegen Rassismus beitreten, um geeignete und lokal angepasste Strategien zur Bekämpfung von Diskriminierung zu entwickeln.

Begründung:

Ausgangslage:

Der Ausländerrat/Migrationsrat der Stadt Heidelberg hat in seiner Sitzung am 13. Februar 2014 beschlossen, dass der Vorstand Maßnahmen in die Wege leiten soll, damit eine Mitgliedschaft Heidelbergs in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus geprüft und vom Gemeinderat beschlossen wird (DS: 0048/2014/BV).

Das Amt für Chancengleichheit hat das Thema von sich aus aufgegriffen, weil es sich auch in der Lage sieht, die Umsetzung der Maßnahmen, die auf einem gemeinsamen Aktionsplan mit 10 Punkten basieren, zu realisieren und die Federführung für dieses Thema zu übernehmen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Amt für Chancengleichheit zusammen mit dem Verein Mosaik Heidelberg e.V. beim Integrationsministerium Baden-Württemberg einen Antrag auf finanzielle Unterstützung des Projekts „HD.net-Respekt!“ gestellt hat und Fördermittel in Höhe von insgesamt 90.000 € für drei Jahre (2014 bis 2016) erhält. Durch einen Kofinanzierungsanteil der Stadt Heidelberg in Höhe von insgesamt 60.000 €, über den der HAFA in seiner Sitzung am 01.10.2014 entscheiden wird bzw. entschieden hat (DS 0245/2014/BV) soll die Arbeit gesichert werden.

In diesem Zusammenhang wird auch die Aufgabe des Amtes für Chancengleichheit als Beratungs- und Clearingstelle bekannter werden.

„HD.net-Respekt!“ hat das Ziel, breitenwirksame Impulse für ein Bewusstsein für die Alltäglichkeit und Vieldimensionalität von Diskriminierung auf Grund vielfältiger Ideologien der Ungleichwertigkeit zu setzen. Mit dem Projekt sollen nachhaltige Strukturen zur Überwindung von Alltagsdiskriminierung gegenüber Migrantinnen und Migranten, Minderheiten und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aufgebaut werden. Es geht um die Vernetzung aller relevanten Akteurinnen und Akteure, um die Sensibilisierung der Stadtgesellschaft und Schlüsseleinrichtungen Heidelbergs für dieses Thema und um das deutliche Aufzeigen von Hilfemöglichkeiten. Zur näheren Beschreibung der Projektinhalte wird auf die parallel vorliegende Beschlussvorlage verwiesen.

Europäische Städtekoalition gegen Rassismus:

Die europäische Städtekoalition gegen Rassismus der UNESCO (European Coalition of Cities Against Racism – ECCAR-) besteht seit 2004. Das Konzept basiert auf der Einsicht, dass Diskriminierung vor Ort entsteht und demnach auch vor Ort bekämpft werden muss. Die UNESCO kooperiert mit derzeit über 100 Kommunen aus 24 Ländern und in sechs Weltreligionen, um geeignete, lokal angepasste Strategien zur Rassismusbekämpfung zu entwickeln. Die Geschäftsstelle des Vereins ECCAR e. V. hat ihren Sitz in Potsdam, sie koordiniert die Zusammenarbeit der europäischen Städte, die sich einmal jährlich zur Konferenz treffen. Aus Deutschland sind beispielsweise die Städte Nürnberg, Potsdam, Karlsruhe, Hannover, Köln, Leipzig, München und Berlin an der Koalition beteiligt.

Durch den Beitritt verpflichtet sich die jeweilige Stadt zur Umsetzung eines Maßnahmenkatalogs, der auf einem gemeinsamen Aktionsplan mit zehn Punkten basiert. Hierbei handelt es sich um folgende Maßnahmen:

- Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus
- Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen
- Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung
- Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger
- Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen
- Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin
- Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt
- Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung
- Förderung der kulturellen Vielfalt
- Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Die Mitgliedschaft ist erworben, wenn der Lenkungsausschuss des Vereins ECCAR e.V. den Antrag auf Aufnahme mehrheitlich annimmt. Die nächste Sitzung des Lenkungsausschusses findet am 17. und 18. Oktober 2014 in Nürnberg statt. Das darauffolgende Treffen wird erst wieder im Frühjahr 2015 sein.

Der Beitrag beträgt jährlich Euro 1.000,00, der sich nach der Einwohnerzahl der Städte richtet und aus dem Teilhaushalt des Amtes für Chancengleichheit gedeckt werden kann. Die Finanzierung ist im Rahmen der Verwaltungszuständigkeit gewährleistet. Im Turnus von zwei Jahren muss jeweils ein Umsetzungsbericht über den Stand des Zehn-Punkte-Abkommens erstellt werden. Darüber hinaus erklärt sich die Stadt mit dem Beitritt bereit, die zur Erfüllung der Verpflichtungen erforderlichen Sachmittel und personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Resumée:

Die Vorstellung von einem Zusammenleben, bei dem die Einzigartigkeit jeder Person geschätzt und geachtet wird, gehört zu den größten zivilisatorischen Errungenschaften. Das heißt, dass Menschenrechte genauso wie die Prinzipien der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung konsequent respektiert und gelebt werden müssen.

Die Stadt Heidelberg bekennt sich dazu, dass niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Niemand darf wegen seiner Behinderung, seiner sexuellen Identität oder seines Alters benachteiligt werden. Sie tritt ein für eine Kultur gegenseitiger Wertschätzung und Verantwortung füreinander, die Menschen in all ihrer Einzigartigkeit und Verschiedenheit anerkennt, und engagiert sich aktiv gegen Diskriminierung.

Das Amt für Chancengleichheit ist bereits seit vielen Jahren Anlaufstelle für Menschen, die gegen Diskriminierung vorgehen wollen und für diejenigen, die Benachteiligungen erfahren haben aufgrund fremdenfeindlicher oder rassistischer Einstellungen, wegen einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Identität, aufgrund ihres Geschlechtes oder anderer gruppenbezogener Merkmale. Mit dem Verein Mosaik e. V. wird das Amt für Chancengleichheit konsequent den Aufbau eines Netzwerks voranbringen und die Stadtgesellschaft für dieses Thema sensibilisieren und Hilfemöglichkeiten anbieten.

In diesem Kontext erscheint es folgerichtig, zum jetzigen Zeitpunkt und vor dem Hintergrund fortschreitender Globalisierung und Wanderung der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus beizutreten, um auch gemeinsam mit anderen Städten international an einem Austausch zu diesem Thema teilzunehmen und geeignete Strategien zur Überwindung von Diskriminierung zu entwickeln. Der Kommune kommt gerade heute eine immer wichtigere Rolle bei der Durchsetzung der Menschenrechte zu.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Lenkungsausschusses der Städtekoalition soll die symbolische Unterzeichnung der Urkunde zum Beitritt durch Herrn Oberbürgermeister in einem festlichen Rahmen am 17. Dezember 2014 im Beisein von Frau Ministerin Bilkay Öney erfolgen. Diese Veranstaltung dient gleichzeitig als Auftakt für das Kooperationsprojekt „HD.net-Respekt!“

Eine Beratung im Ausländerrat/Migrationsrat war auf Grund der Dringlichkeit der Entscheidung und der Sitzungstermine des Gremiums (die erste reguläre Sitzung des neu gewählten Rates findet erst im November statt) nicht möglich. Der amtierende Vorstand des Ausländerrats/Migrationsrats wurde von der Vorlage in Kenntnis gesetzt und hat keine Einwände geäußert. Die Mitglieder des Ausländerrats/Migrationsrats erhalten die Vorlage nachrichtlich.

Der Beirat von Menschen mit Behinderungen trägt die Vorlage mit.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 4	+	Gleichstellung von Frauen und Männern
QU 5	+	Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen
QU 6	+	Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische EinwohnerInnen als gleichberechtigte BürgerInnen anerkennen; ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung vorbeugen
SOZ 2	+	Diskriminierung und Gewalt vorbeugen

Begründung:

Alle o. g. Ziele dienen dazu, die Voraussetzungen für den Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus zu erfüllen. Damit erfolgt ein weiterer Schritt der Stadt, noch konsequenter gegen Diskriminierung vorzugehen, in dem nachhaltige Strukturen zur Überwindung von Alltagsdiskriminierung aufgebaut, die Gesellschaft für dieses Thema stärker sensibilisiert und bessere Hilfemöglichkeiten aufgezeigt werden.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet

Wolfgang Erichson

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	DS 0048/2014/BV
02	Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus
03	Satzung der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus